

# Zur Geschichte eines Landkonfliktes: Cana Brava in Maranhão

CEDI - P. I. B.  
DATA 07.07.93  
COD. 6700000

In den letzten Jahren sind in den Brasilien Nachrichten mehrere Beispiele für Landkonflikte beschrieben worden. Dabei wurde klar, daß der Bundesstaat Maranhão eine besonders konfliktreiche Region darstellt, da weite Teile von ihm für großflächige Besiedlungsprojekte im Rahmen der staatlichen und bundesstaatlichen Entwicklungspolitik verplant sind. Mit zu den Opfern dieser Entwicklung gehören auch die acht Indianervölker Maranhãos ( Tembé, Urubu-Kaapor, Guajá, Guajajara, Canela, Timbira, Krikatí und Gaviao-Pukobyê ). Überlebende einer vor Erscheinen der Portugiesen noch sehr zahlreichen indianischen Bevölkerung. Zwar sind gegenwärtig die Yanomami, Uru-Eu-Wau-Wau, Guajá und Krikatí die dringendsten Fälle unter den von physischer und kultureller Vernichtung bedrohten Indianervölkern Brasiliens, doch liefert der im folgenden behandelte Fall - die Guajajara vom Reservat Cana Brava in den Bezirken Barra do Corda und Grajaú / Maranhão - ein exzellentes Beispiel für den Umgang der Brasilianer mit der indigenen Bevölkerung ihres Landes, zumal der zu beschreibende Konflikt um das Land mehrerer Guajajara-Dörfer bereits fast einhundert Jahre dauert.

Grundlage für diesen Artikel lieferte ein fünfmonatiger Forschungsaufenthalt in Brasilien ( September 1990 - 1991 ), der der Datenerhebung zu einem Dissertationsthema im Fach Ethnologie ( an der Universität Bonn ), der Entstehung der neueren politischen Bewegungen der Indianer Brasiliens, diente. Da dieses Thema anhand eines zentralen Fallbeispiels erläutert werden soll, hielt ich mich während dieser Zeit in mehreren Dörfern der Guajajara auf, und zwar in den Reservaten Brava / Guajajara und Lagoa Comprida. Damit wurde eine Forderung vieler politischer Sprecher der Indianer an ihre nichtindianischen Bündnispartner erfüllt - nämlich zumindest eine Zeitlang direkt am Leben der Gemeinschaften, über die so viel geredet wird, teilzuhaben und ihre Alltagsprobleme aus der Nähe kennenzulernen.

## Die Guajajara

Die Guajajara sind ein heute ca. 8.000 Mitglieder zählendes Volk der Tupi-Guarani-Sprachfamilie. Damit sind sie das größte Indianervolk in Ostamazonien. Sie leben ausschließlich in Maranhão, doch mit den ebenfalls dort sowie im Osten Pará lebenden Tembé, die sich 1825 von ihnen abspalteten, teilen sie nicht nur eine weitestgehend identische Sprache, sondern auch die Eigenbezeichnung Tenetehara, die - nach ihrer eigenen Übersetzung "índio" bedeutet ( andere Indianervölker - wie etwa die Canela - erhalten die Bezeichnung ywy "Boden, Staub, Dreck" ).

Die Guajajara besitzen eine - typologisch gesehen - echte Amazonaskultur, obwohl Teile des Volkes schon längere Zeit nicht mehr im Amazonasgebiet leben, sondern in der sog. Pré-Amazonia Maranhense, vom Vegetationstyp her eine Übergangszone zwischen Amazonien und Sertão. Dies trifft auch auf den Fall der Guajajara von Cana Brava zu. Acht Reservate im Landesinneren Maranhãos werden ausschließlich von Guajajara bewohnt, weitere drei nur teilweise. Die Sicherheit der Gebietsgrenzen ist je nach Einzelfall sehr unterschiedlich, die landrechtliche Situation i.d.R. äußerst kompliziert.

Die Guajajara haben schon sehr lange Kontakte mit Nichtindianern, wahrscheinlich bereits 1612 mit einem französischen Expeditionstrupp. Diese lang andauernden interethnischen Kontakte mit all ihren Folgewirkungen beschränken sich jedoch schwerpunkthaft auf die Region des Rio Pindaré. Die Guajajara sind heute ein sehr stark akkulturiertes Volk, das große kulturelle Parallelen mit der ländlichen Bevölkerung Maranhãos und Piauí aufweist, vor allem hinsichtlich der materialisierten Kultur und der Wirtschaftsformen. Ihre spezifische kulturelle Identität versuchen sie sich mittels ihrer Sprache, ihrer ethnischen Religion und ihrer Erinnerung an gemeinsame historische Erfahrungen im Umgang mit den Siedlern zu bewahren - ein schwieriges Unterfangen angesichts permanenter Infragestellungen ihrer kulturspezifischen Verhaltensweisen und des dazugehörigen

Wertesystems aufgrund alltäglicher Konfrontationen mit der Welt der Siedler und den durch radikal-protestantische Missionare vermittelten Glauben und Wertvorstellungen.

Letzteres trifft insbesondere auf die Guajajara der Bezirke von Barra do Corda und Grajaú zu, deren Gebiete zur Pré-Amazonia gehören und wegen ihrer sehr fruchtbaren Böden schon lange Zeit die Gier der Fazendeiros und ärmerer Siedler weckten. Die Guajajara waren erst in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts in diese für sie sehr ungewohnte Zone expandiert auf der Flucht vor Händlern und Sklavenjägern im Gebiet des Rio Pindaré. Dabei drangen sie in die traditionellen Jagdgebiete der gêsprachigen Timbira und Canela ein, mit denen es zahlreiche gewaltsame Zwischenfälle gab. Diese historische Feindschaft wird bis heute konserviert, vor allem seitens der Canela. Die Region um die mittleren und oberen Läufe der Rios Mearim und Grajaú bot, trotz der Umstellungsschwierigkeiten wegen der langen jährlichen Trockenperiode und der wenigen permanenten Wasserfälle, den Schutz großer Unzugänglichkeit, da fast alle Verkehrsverbindungen über die nur sehr schwer und fast nur zur Regenzeit befahrbaren Flüsse geschahen.

## Alto Alegre

1839 wurde mitten im Guajajara-Gebiet die Siedlung Barra do Corda gegründet, heute eine Kleinstadt mit 50.000 Einwohnern, an der Einmündung des Rio Corda in den Rio Mearim gelegen. Gegen Ende des Jahrhunderts diente sie als Handelszentrum für die ganze Region bis hin nach Garjaú, und von ihr aus führte dorthin ein Verbindungsweg mitten durch die Gebiete der Guajajara. Dieser gerade noch mit Lastwagen befahrbare Weg wird heute, nach Bau einer kürzeren Verbindung (der BR-226), "velha estrada" genannt.

Fazendeiros und Händler machten sich sehr schnell auf dem Boden der Guajajara breit, um die Indianer über materielle Abhängigkeiten in sklavereiähnliche Arbeitsverhältnisse hineinzuziehen: meist als Tagelöhner für die Pflanzungen oder als Ruderer für die Warentransporte auf den Flüssen und zu lächerlichen Bezahlungen bei gleichzeitig hohem körperlichen Verschleiß.

Bei dieser Ausgangslage begann ab 1895 der Kapuziner-Orden seine Missionsarbeit in der Region. 1897 "kauften" die Kapuziner zu diesem Zweck von der Gemeinde ein 4 km<sup>2</sup> großes Stück Land beim Dorf Crioli, also mitten im Indianergebiet, um



Zentrum von Barra do Corda

Dort ein Kloster, eine landwirtschaftliche Kolonie und ein Mädcheninternat (für die Fazendeiro-Töchter der Region) zu errichten. Dieser Ort wurde Alto Alegre getauft. Die Guajajara wurden natürlich nicht vorher gefragt, ob sie ihr Land überhaupt verkaufen wollten. Die Kolonie erzielte rasch wirtschaftliche Erfolge und zog daraufhin weitere Siedler aus Barra do Corda und Grajaú an. Nicht nur hierdurch machten die Padres sich bei den bereits längst in der Gegend ansässigen Fazendeiros unbeliebt, denn trotz niedriger Löhne bezahlten sie die Arbeiten der Indianer immerhin noch deutlich besser als die meisten Siedler.

Als Rache hetzten die Fazendeiros die bislang sehr friedlichen Guajajara gegen die Padres auf, was ihnen auch sehr leicht gelang, denn die im Umgang mit fremden Kulturen völlig unerfahrenen Mönche und Nonnen aus Italien versuchten durch alle möglichen Verbote die Indianer zu "guten Christen" zu machen. So untersagten sie ihnen zu rauchen, zu trinken, zu tanzen und mehr als eine Frau zu heiraten. Darüber aufgebracht, gelang es dem Dorfchef Cauré Imana (im Volk auch als João Caburé bekannt) zum ersten Mal in der Geschichte der Guajajara, insgesamt zwei Dutzend der gewöhnlich untereinander sehr uneinigen Dörfer zu einer Aufstandsbewegung zu vereinigen. Unter seiner Leitung überfielen am Morgen des 13. März 1901 mehrere hundert Krieger Alto Alegre und massakrierten fast alle nichtindianischen Einwohner der Siedlung sowie im folgenden alle Siedler der weiteren Umgebung zwischen Barra do Corda und Grajaú, insgesamt ca. 200 Personen.

Die Reaktion ließ nicht lange auf sich warten: Schnell wurden mehrere Militärabteilungen für eine "Strafexpedition" zusammengestellt, die in den darauffolgenden Monaten die Revolte niederschlug und als Rache mehr als 300 Guajajara umbrachte. Die Bewohner der meisten Guajajara-Dörfer flohen tiefer in die Wälder hinein und kehrten erst zehn Jahre später wieder an die alten Orte zurück.

Die Erinnerung an das Massaker (aber nicht an die nachfolgende Racheaktion!) wird bis heute durch die katholische Kirche in Barra do Corda äußerst lebendig gehalten. Damit werden ohnehin vorhandene starke anti-indianische Ressentiments noch mit "Argumenten" versorgt. Die Kirche hat niemals eigene Fehler bei

der Missionierung eingestanden. Für sie sind die einzigen Schuldigen am Massaker die "vom Teufel besessen gewesenen" Guajajara. Die ermordeten Mönche und Nonnen waren "Märtyrer", die in Medaillons an der Vorderseite der Kathedrale verewigt wurden. Die ermordeten Guajajara waren hingegen bis heute keiner einzigen - noch nicht einmal verbalen - Erinnerung für würdig befunden worden. So wird natürlich auch der Erwerb des Indianerlandes immer noch für absolut rechtmäßig erachtet, besitzt der Orden doch die Kaufurkunde als eindeutiges Dokument. Die "Seelenretter" der Indianer interessieren sich kaum für das diesseitige Überleben der Guajajara. Für die Guajajara stellen die Ereignisse um das Massaker von Alto Alegre das einschneidende Erlebnis in den Beziehungen zu den Brasilianern dar. Erinnerungen an die Vorfälle werden genauestens bewahrt. Seither wurden die Widerstandsformen subtiler, und es existiert ein - nicht immer direkt gezeigtes - Mißtrauen gegenüber den meisten Nichtindianern.

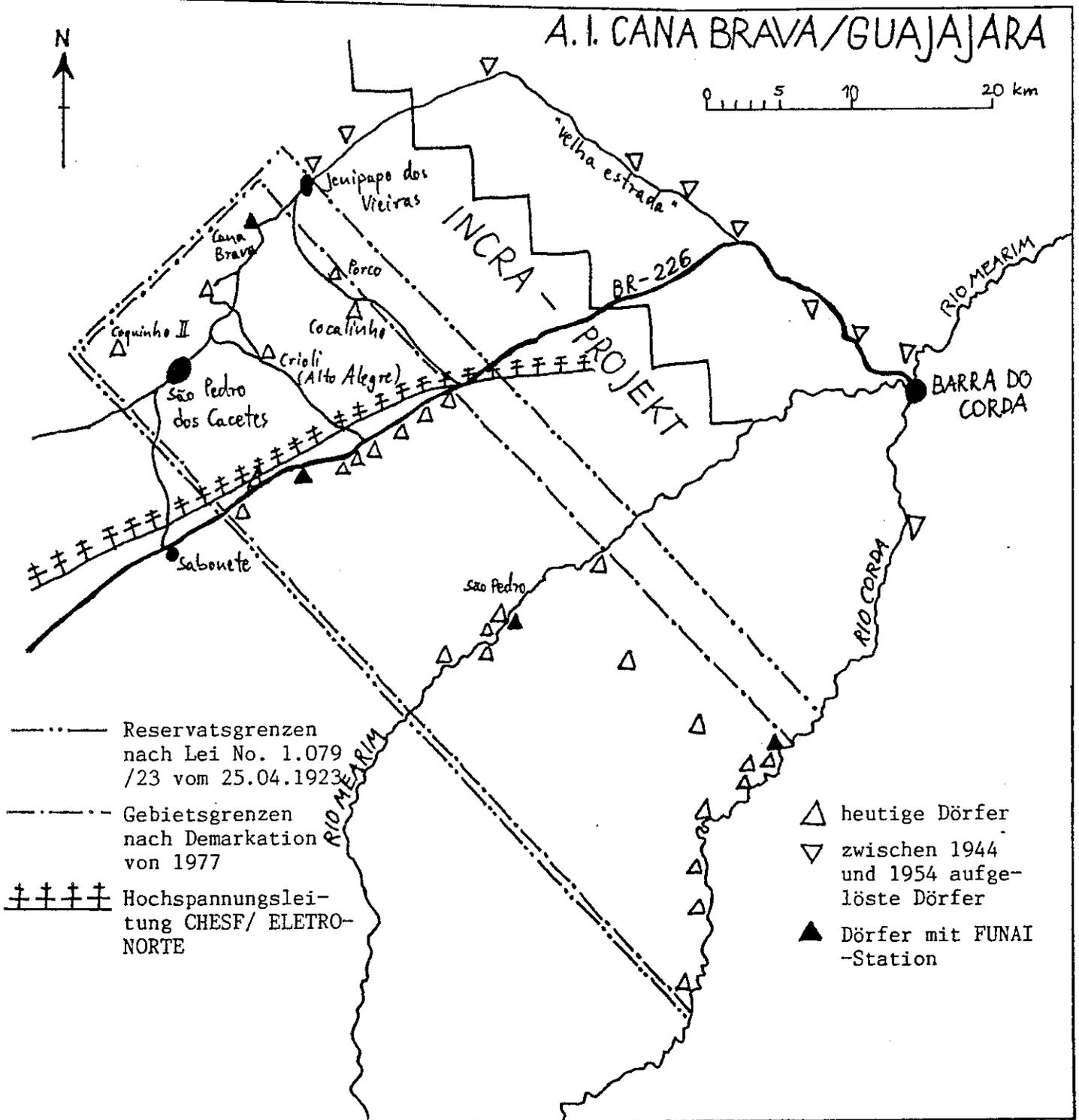
### Die Zeit zwischen der Revolte und der Rückkehr der Kapuziner

1923 kommt es zu einer grotesken Entscheidung: Auf Vorschlag eines Beamten der damaligen Indianerbehörde S.P.I. (Serviço de Proteção aos Índios - Indianerschutzdienst, 1910-67) wird den Guajajara durch das Bundesstaatengesetz Nr. 1.079 vom 25.4.23 vom Präsidenten der Provinz Maranhão, Godofredo Viana, ein Gebiet zwischen Barra do Corda und Grajaú "geschenkt" ("doada"). Obwohl diese Maßnahme heute eine äußerst wichtige Rechtsgrundlage darstellt, wurden durch diese Grenzziehung zwölf Guajajara-Dörfer in der weiteren Umgebung von Barra do Corda aus dem Gebiet ausgeschlossen - ein fatales Ergebnis, wie sich mehr als 20 Jahre später zeigen sollte, doch scheinbar in Übereinstimmung mit der Hoffnung, den Indianern damit unfruchtbare, für eine spätere Besiedlung uninteressante Landstriche zugewiesen zu haben. Aus Sicherheitsgründen ließ der S.P.I. 1936 eine zweite Vermessung (demarcação) des 164. 557, 49

na großen Gebietes vornehmen, die am 15.12. des Jahres per Staatspräsidentenerlaß rechtskräftig anerkannt wurde (homologação).

Ab 1944 wurde das Schicksal der außerhalb des "geschenkten" Gebietes liegenden Dörfern besiegelt: Die Bundesregierung richtete im Bezirk Barra do Corda ein Kolonisierungsprojekt für Flüchtlinge vor der Dürre in Ceará ein. Das Projekt selbst wird ein Fehlschlag, doch für seine Durchführung werden im Laufe von

10 Jahren die Bewohner der zwölf außerhalb des gewissen Gebiets von Cana Brava liegenden Guajajara-Dörfer zur Umsiedlung gezwungen. Ohne daß vom S.P.I oder irgendeiner anderen Behörde irgendwelche Vorkehrungen getroffen wurden, hatten die Indianer jeweils innerhalb von 48 Stunden ihre Häuser, den größten Teil ihres persönlichen Besitzes, ihre Pflanzungen und die Begräbnisstätten ihrer Vorfahren zu verlassen. Fast alle wurden in das Dorf Cana Brava



zwangsumgesiedelt, das innerhalb kurzer Zeit von ca. 300 auf über 2.500 Einwohner anwuchs - eine unter indigenen Wirtschaftsweisen nicht vertretbare Situation. Die Vertriebenen starben daraufhin an Hunger, Epidemien und Kummer. So lebten von den ehemals ca. 360 Einwohnern des Dorfes Uchoa nach 10 Jahren nur noch höchstens 30 : ein Bevölkerungsrückgang von über 90%!

Die Geschichte dieses geplanten Völkermords taucht in keiner offiziellen Darstellung Brasiliens auf. Sie existiert fast nur noch in der Erinnerung der alten Guajajara, die die Entbehrungen als Kinder miterlebt haben. Es wäre mit Sicherheit der Mühe wert, bei einem späteren Aufenthalt die Erzählungen aufzuzeichnen, bevor die Alten sterben und mit ihnen ein Teil der Vergangenheit dieses Indianervolkes.

Angesichts des Siedlerzustroms ins Zentrum Maranhãos während der 50er Jahre (mehrheitlich Opfer der Dürrekatastrophen in Ceará) ließ der S.P.I. 1953 die bisherige Vermessung noch ein weiteres Mal bestätigen, um den Guajajara wenigstens dieses Gebiet zu sichern.

## 1960 - 1979: Die Rückkehr der Kapuziner und São Pedro dos Cacetes

Ab den 60er Jahren etablierten sich mittlere und große Fazendeiros aus Goiás, Minas Gerais und São Paulo in Maranhão - z.T. mit gefälschten Dokumenten -, kauften die unproduktiven Betriebe älterer regionaler Eliten auf und entließen und vertrieben viele Halbpächter und Kleinbauern. Wegen des vollkommenen Versagens und Unwillens der Bundesstaatlichen Behörden, gesetzliche Kontrollmechanismen beim Landerwerb anzuwenden, zogen die Kleinbauern schnell den Kürzeren und wurden in den Besiedlungszonen aus den Gebieten zwischen den Großländereien bald vertrieben. Außer in die Städte oder nach Amazonien abzuwandern, blieb ihnen nur noch das Eindringen auf Indianerland, das die sowieso niemals so respektiert hatten (außer bei Lebensgefahr).

Nach mehreren Ortsinspektionen kehren 1960 die Kapuziner zurück, um die Missionierungs- und Kolonisierungsarbeit

wiederaufzunehmen. Die Angst vor den Guajajara war nach inzwischen fast 60 Jahren weitgehend verschwunden, so daß die Kapuziner bei ihrem erneuten Eintreffen bereits einige Siedlerfamilien an zwei Orten (heute Crioli und São Pedro dos Cacetes) vorfanden. Schon bald begannen sie, überzeugt von der - vor der Justiz unanfechtbaren - Rechtmäßigkeit ihres Landkaufes, eine "Colônia Alto Alegre" zu gründen und wieder Land an Siedler aus Barra do Corda und Grajaú zu verpachten.

Wenige Jahre vorher entstand bereits ein weiteres Problem für die Guajajara: An einem Punkt an dem alten Verbindungsweg zwischen Barra do Corda und Grajaú gab es einen Haltepunkt für Lastwagen, an dem die Fahrer gewöhnlich Kühlwasser aufnahmen. An diesem Cacete ("Knüppel") genannten Ort ließen sich bald einige Siedler nieder. Der nach dem Tode seines Gründers, des Marschall Rondon, und nach dem Einsickern von Militärs ab Ende der 50er Jahre vollkommen korrumpierte S.P.I. gestattete sogar den Aufenthalt der Siedler, solange sie an ihn - und später auch an die Kapuziner - eine Pacht entrichteten. Im Laufe der 60er Jahre wuchs diese Siedlung viel schneller als Alto Alegre, einerseits wegen der Vertreibungen durch Großgrundbesitzer in der Region, andererseits aufgrund der Verlockungen des äußerst fruchtbaren Bodens und des leichten Zugangs zu Wasser, ein großer Vorteil in einer Gegend mit sehr wenigen permanenten Wasserläufen.

Die Präsenz der Siedler führte sehr schnell zu einer extremen Verringerung des Jagdwildes, was für die Guajajara Hunger zu bestimmten Jahreszeiten, in denen nur wenige Anbaufrüchte zur Verfügung stehen, bedeutet. Konflikte waren somit vorprogrammiert. Die Padres wollten der illegalen Siedlung, die ihnen formal unterstand, einen "heiligen" Namen geben und schlugen dafür "São Pedro" vor. Doch der Volksmund unterwarf sich nicht ihren Wünschen und machte daraus São Pedro dos Cacetes.

Wegen der ungelösten Landverteilungsprobleme außerhalb der Indianergebiete nahm die Zahl der Invasoren in Cana Brava und anderen Reservaten in Maranhão während der 70er Jahre kontinuierlich zu. In Alto Alegre und São Pedro dos Cacetes stieg die Zahl der Eindringlinge bis Ende des Jahrzehnts auf über 3.000 Personen - im Gegensatz zu weni-



Teilansicht des Dorfes Lagoa Comprida

ger als 800 Guajajara dort. Ermutigt durch das erfolgreiche Vorgehen der Guajajara vom Reservat Araribóia (Bezirk Amarante), die - unter Anleitung des engagierten und mutigen FUNAI-Stationsleiters Mário Murici - gegenüber allen Invasoren von vornherein eine kompromißlose Strategie der verbrannten Erde anwenden, versuchten die Guajajara von Cana Brava, eine Abwanderung der Siedler eher durch Einschüchterung zu erreichen, indem etwa der dortige Stationsleiter Elomar Gerhardt drohte, er könne mit Leichtigkeit 2.000 Krieger zusammenbringen, um die Siedlungen anzugreifen und zu zerstören.

Es blieb bei den Drohungen, denn die waffentechnische und zahlenmäßige Unterlegenheit der Indianer war auch ihnen selbst bewußt. Auch erhielten die regionalen FUNAI-Beamten kaum Rückmeldung von höheren Stellen ihrer Behörde, was ihre Arbeit wegen zu befürchtender Racheaktionen von Kleinbauern, Fazendeiros und anderen Bevölkerungsteilen sehr gefährlich gestaltete.

Im gleichen Jahrzehnt entschloß sich der INCRA, das alte Besiedlungsprojekt von Barra do Corda aus den 40er Jahren wiederzubeleben. Und da im November 1978 Bezirkswahlen anstanden, erweiterte der damalige INCRA-Direktor 1977 das Projektgebiet willkürlich um 100.000 ha,

von denen über 32.000 ha auf dem gesetzlich zugesicherten Indianerland liegen. Die Behörden unternahmen nichts gegen dieses Unrecht, zumal der regionale FUNAI-Chef in São Luís, Oberst Armando Perfetti, in engster Verbindung zu etablierten politischen und wirtschaftlichen Gruppen in Barra do Corda stand. Daß sich die Tragödie der 40er und 50er Jahre nicht wiederholte, lag lediglich daran, daß keine Guajajara-Dörfer auf dem jetzt verlorengegangenen Gebiet lagen. Die 1977 durch die FUNAI erfolgte Neuvermessung des Reservates berücksichtigte bereits die INCRA-Invasion: Damit wurde das Gebiet von Cana Brava um 32.689,49 ha auf nur noch 131.868,18 ha reduziert. Es heißt seitdem A.I. Cana Brava/ Guajajara, wobei Cana Brava den Teil nördlich der BR-226 und Guajajara den Teil südlich von ihr ausmacht. Heute liegen drei Dörfer (Cana Brava, Porco und Cocalinho) in unmittelbarer Nähe der Grenze zum INCRA-Projekt. Jenseits dieser Trennlinie ist die natürliche Vegetation durch großflächige Rodungsarbeiten fast ganz verschwunden. Wald- und Reservatsgrenze sind dort identisch geworden. Es dürfte sich fast von allein verstehen, daß der ehemalige INCRA-Direktor dank seiner Manipulation die damaligen Wahlen gewann.

Angesichts der Tatsache, daß Oberst

Perfetti den Siedlern von São Pedro dos Cacetes und Alto Alegre Schutz gegen Aktionen seiner Behörde und der Indianer versprach und Zusagen für einen späteren Ausschluß ihrer Gebiete aus dem Reservat machte, wurde das Vertrauensverhältnis zwischen FUNAI und Guajajara weiter erheblich belastet. Auf der anderen Seite versuchte ein äußerst engagierter Indigenist, der Leiter der São Luís untergeordneten FUNAI-Abteilung (ajudancia) in Barra Corda, Porfírio Carvalho, die seiner Verwaltung unterstellten Indianergebiete mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu erhalten. Dabei scheute er vor keiner Polemik gegen die Fazendeiros und korrupten Provinzpolitiker sowie deren Handlanger, die Militärpolizei, zurück, was seine Verwaltung in der anti-indianisch eingestellten Bevölkerung sehr verhaßt machte. Durch persönliches Charisma gelang ihm zeitweise eine politische Mobilisierung der Indianer in beschränktem Maße.

Da Carvalho und die Guajajara von Brava nach der INCRA-Invasion einen Zweifrontenkampf heraufziehen sahen, konzentrierten sie ihre Abwehrmaßnahmen auf den am weitesten im Indianerland siedelnden Feind: die Bewohner von Alto Alegre. Durch die Demarkation von 1977 wurde zum ersten Mal von offizieller Seite aus die Rechtmäßigkeit des Landbesitzes der Kapuziner formal in Frage gestellt. In einer Situation latenter Spannungen zwischen Indianern und Siedlern, die immer wieder für Holzeinschläge, Jagdzüge und die Anlage von Pflanzungen in ihnen noch nicht einmal laut Kaufvertrag zustehende Gebiete eindringen, versucht seit 1978 der CIMI zu vermitteln. In einem Gutachten vom 12.1.79 wiesen die CIMI-Vertreter zwar den rechtlich einwandfreien käuflichen Erwerb des Gebietes von Alto Alegre nach, doch empfahlen sie den Kapuzinern dessen Abtretung, da sich moderne Pastoralarbeit nicht mehr auf Landbesitz zu stützen brauche. Doch die Kapuziner zeigten sich unnachgiebig: Die Verhandlungen Ende Juni 1979 zwischen den Padres einerseits und der FUNAI und den Guajajara andererseits schlugen fehl.

Nach erheblicher Zunahme der Spannungen zwischen Indianern und Siedlern, Ausbruch bewaffneter Zusammenstöße zwischen ihnen und Handelsboykotts gegen die Guajajara in Barra do Corda im August des Jahres, unterzeichneten die

FUNAI und die Regierung von Maranhão (damaliger Gouverneur: João Castelo) am 13.9.1979 ein Abkommen zur Umsiedlung und Entschädigung der Familien von Alto Alegre und São Pedro dos Cacetes. Die Wiederansiedlung soll im Tal des Buriticupu (Zentrum von Maranhão/Pré-Amazônia) im Rahmen eines Besiedlungsprojektes (Projeto de Colonização de Buriticupu) erfolgen. Das Projekt blieb jedoch erfolglos, da das angebotene Ersatzgebiet den Invasoren zu weit von ihrem damaligen Wohnort entfernt lag (ca. 300 km) und sowohl Wasserversorgung als auch Böden für landwirtschaftliche Qualitäten eher ungünstige Eigenschaften besaßen.

### 1980 - 1983: Die Auflösung von Alto Alegre - eine Teillösung

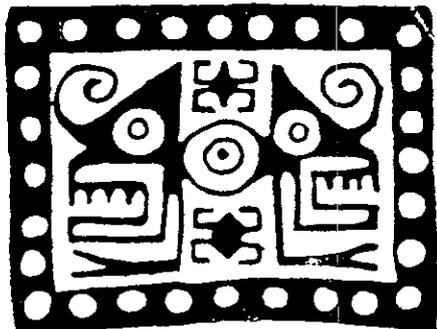
1980 erreichten die Konflikte einen neuen Höhepunkt: Am 28. Februar wurden zwei alte Guajajara durch Fazendeiros und ihre Gefolgsleute ermordet und ihre Leichen in den Rio Mearim geworfen. Es war die blindwütige Racheaktion für einen erfolglosen bewaffneten Zusammenstoß zwischen Siedlern und Indianern an der westlichen Reservatsgrenze. Was den Skandal insbesondere ausmachte, war die Beteiligung von Mitgliedern der Militärpolizei an den Morden, wodurch die Ermittlungen erheblich erschwert wurden. Der Fall wurde auch niemals wirklich geahndet.

Inzwischen hatten die Kapuziner dem Druck von Guajajara, FUNAI und verschiedenen Bündnispartnern der Indianer nachgegeben und erste Bereitschaft für einen Rückzug aus Alto Alegre gezeigt unter der Bedingung, daß alle Siedler auch entsprechend entschädigt würden. Die Gefahr des erneuten Ausbruchs tödlicher Zusammenstöße wurde rechtzeitig gesehen, doch die Rechtmäßigkeit der indianischen Forderungen damit noch lange nicht anerkannt: Der Vorsteher der Kapuzinergemeinschaft von Alto Alegre sah mit dem Verlassen des Ortes "die Rückkehr des Teufels" (so wörtlich!) kommen. 1981 erfolgte ein Gerichtsentscheid zugunsten der Guajajara, so daß die 183 Kleinbauernfamilien von Alto Alegre nach Bereitstellung der Entschädigungssumme endlich anfangen, ins Buriticupu-Tal ab-



Crioli (Alto Alegre): Die Indianer leben jetzt im Wohngebäude des ehemaligen Klosters.

zuziehen - allerdings nur sehr langsam. Die Kapuziner zögerten die Übergabe, die erst mit Abzug des letzten Bewohners geschehen soll, so lange hinaus, daß die Guajajara erneut die Geduld verloren und am 16.3.83 einen Überfall mit Plünderungen, Sachbeschädigungen und Viehdiebstahl durchführten. Den Padres sollte nach dem Prinzip der "verbrannten Erde" eine Rückkehr unmöglich gemacht werden. Kurz nach diesem Ereignis besetzten bereits bei Alto Alegre lebende Guajajara und weitere aus anderen Dörfern das Gebäude des Klosters und ließen sich dort im 1967 wiedererrichteten Wohngebäude des Klosters nieder. Der Ort heißt heute wieder Crioli, wie vor der Ankunft der Kapuziner. Er zählte 1990 64 Einwohner. Es dürfte mit Sicherheit zu den grotesksten Bildern brasilianischer Realität gehören und damit allen unbedarften Annahmen über indianische Lebensformen widersprechen, die Guajajara von Crioli heute im ehemaligen Kloster wohnen zu sehen.



### 1983 bis heute: Das Problem São Pedro dos Cacetes bleibt bestehen

Seitdem der Konflikt von Alto Alegre gelöst ist, stellt São Pedro dos Cacetes das Hauptproblem für die Guajajara dar. Daß Alto Alegre aber Nachwirkungen hat, zeigt der folgende Vorgang: Aufgehetzt durch Provinzpolitiker, denen Wählerstimmen verlorenzugehen drohen (insbesondere den Präfekten von Barra do Corda und Grajaú) und die Kapuziner mit ihrem unterentwickelten Rechtsverständnis, ließen sich die ehemaligen Siedler von Alto Alegre noch 1983 dazu überreden, trotz bereits erfolgter Zahlung der Entschädigungssummen einfach nach Cana Brava zurückzukehren und sich in São Pedro dos Cacetes niederzulassen, wodurch sich dort die Zahl der Familien von ca. 420 auf 610 erhöhte.

Währenddessen hatte die FUNAI mit der Regierung Maranhãos ein Abkommen zur Umsiedlung der Invasoren geschlossen: Durch ein Programm der bundesstaatlichen Besiedlungsbehörde ITERMA (Instituto de Terras do Maranhão) wurden in der Nachbarschaft zum Reservat 37.000 ha und Infrastrukturmaßnahmen für zunächst 830 Kleinbauern zur Verfügung gestellt - mit durchschnittlich 44,7 ha pro Person ein vielfach günstigeres

Verhältnis als in São Pedro dos Cacetes, dessen gesamter Flächenbedarf nach Angaben selbstgewählter Sprecher bei ca. 10.000 ha liegt. Doch die dafür vorgesehenen Siedler entschieden sich anders: Sie bewirtschafteten das ihnen geschenkte Land, blieben aber in São Pedro dos Cacetes wohnen. Um auch Invasoren ins Burticupu-Tal umzusiedeln, waren der Regierung Maranhos unter Gouverneur João Castelo entsprechende Gelder zur Verfügung gestellt worden. Diese "veschwanden" aber in scheinbar undurchschaubaren Kanälen, wurden später jedoch von Castelo für Wahlpropaganda eingesetzt. Niemand, auch nicht die FUNAI in Brasília, ging mit gerichtlichen Maßnahmen gegen diesen eklatanten Rechtsbruch vor. Castelo konnte später übrigens die Wahlen gewinnen.

1987 und 1988 durchführte Verhandlungen zwischen FUNAI, Guajajara, Vertretern der Siedler von São Pedro dos Cacetes, des Energiekonzerns ELETRO-NORTE, der Regierung Maranhos und dem Sprecher von Staatspräsident José Sarney in Brasília und São Luis endeten ergebnislos, da keine der Konfliktparteien zu Kompromissen bereit war. Ein von den Regierungsvertretern Maranhos und vom damaligen FUNAI-Präsidenten Jucá Filho den Guajajara unterbreiteter Vorschlag, doch einen Gebietstausch anzunehmen (hierfür stand auf einmal Land bereit!), wurde von diesen abgelehnt, da sie nicht einsahen, auf ihnen rechtlich zustehendes Land zu

verzichten, und sie damit auch keine Garantie besaßen, daß sich der bisherige Landraub nicht wiederholen würde. Die große Gefahr einer gesetzlichen Etablierung São Pedros dos Cacetes entstand 1985. Im Zuge der Planungen für die 1989 vorgesehene Einführung einer neuen Verfassung des Bundesstaates durch Yêdo Lobão, Vetter des 1990 gewählten jetzigen Gouverneurs, Edson Lobão, wurde ein Vorschlag für die Verfassungsgebende Versammlung eingereicht, der die Schaffung eines eigenen Bezirks São Pedro dos Cacetes vorsah. Dies bedeutete die gesetzliche Etablierung eines Unrechts, das - unter Berufung auf die lange Existenz der Siedlung - "ausgesessen" wurde. Trotz zahlreicher Proteste wurde das Projekt 1989 im Art.48 in die neue Verfassung aufgenommen. Da die Schaffung eines Bezirks auf ausgewiesenem Indianerland jedoch einen eindeutigen Bruch der Verfassung Brasiliens darstellt, konnte die FUNAI im gleichen Jahr eine Klage beim Generalbundesanwalt in Brasília einreichen. Die Mühlen der Justiz mahlen in solchen Fällen jedoch sehr langsam. Erst Ende vorigen Jahres sprach sich der Generalbundesanwalt in Brasília in seinem Verfahrensplädoyer zugunsten der Guajajara aus, und das Urteil dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach entsprechend ausfallen. Damit ist die Gefahr jedoch nur z.T. abgewehrt, denn einerseits muß der Beschluß gegenüber der Regierung Maranhãos effektiv durchgesetzt werden,



Crioli: Der Ort des Massakers, die ehemalige Kapelle, wurde 1983 von den Dorfbewohnern zerstört.

so daß São Pedro dos Cacetes nicht doch administrativ wie ein eigener Bezirk behandelt wird, und andererseits ist damit nichts zur Auflösung der Siedlung unternommen.

In der Zwischenzeit, von 1985 bis heute, gehören die Spannungen zwischen Siedlern und Guajajara zum Alltag von Cana Brava und der benachbarten Reservate. Die Konflikte entzündeten sich meistens an unerlaubtem Fällen von Bäumen und gegenseitigem Töten von Vieh und Zerstörung von Pflanzungen und endeten gelegentlich in individuellen Auseinandersetzungen mit Toten und Verletzten. Zur Zeit meines Aufenthaltes herrschte zum Glück ein Zustand relativer Ruhe, der nach Aussagen der Guajajara möglicherweise auf die Unsicherheit der Invasoren gegenüber der Politik der Regierung Collor zurückzuführen ist. Eventuell hatten sich Nachrichten über die Bombardierung von Flugpisten der Goldgräber im Yanomami-Gebiet als Gerüchte verselbstständigt.

## Die aktuelle Problematik

Gegenwärtig ist São Pedro dos Cacetes die einzige illegale Siedlung im Reservat von Cana Brava. Von den Siedlungen in Reservatsnähe werden die Gebietsgrenzen hingegen respektiert - zumindest jetzt noch. São Pedro dos Cacetes zählt inzwischen ca. 5.000 Einwohner und übersteigt damit die Zahl der Guajajara von Cana Brava (1.030) um mehr als das Vierfache. In Reservatsteil Guajajara leben zusammen ca. 2.430 Menschen.

Außer den permanenten Spannungen und Konfrontationen ergeben sich für die Guajajara zusätzliche, möglicherweise sogar längerfristige Probleme durch die Präsenz der Siedlung: Die Wildbestände sind sehr weit zurückgegangen, was Ernährungsmängel und die Aufgabe fast aller traditionellen Feste und Zeremonien zur Folge hat, deren Durchführung immer von einer ausreichenden Fleischmenge zur Versorgung der Gäste abhängt. Große Teile der Wälder um die Siedlung, sogar Sekundärwälder, sind bereits restlos vernichtet, so daß der Primärwald wahrscheinlich mindestens 100-150 Jahre ungestörten Wachstums bräuchte, um aus der gegenwärtigen Gestrüppvegetation wiederzuerstehen; wegen Auslaugung der Böden werden die

landwirtschaftlichen Nutzflächen der Siedlung noch weiter expandieren, sogar ohne einen weiteren Zuwachs ihrer Bevölkerung. Außerdem werden von São Pedro ausgehend ständig illegale Holzeinschläge in anderen Reservatsteilen vorgenommen. Durch die Einwohnerzahl von São Pedro verringert sich die Fläche pro Person von 38,57 ha auf 6,58 ha im Durchschnitt. Zudem sind die Guajajara ein Volk mit ungewöhnlich hoher Wachstumsrate (in 30 Jahren annähernd eine Verdoppelung), so daß zukünftige Generationen mit erheblichem Landmangel zu kämpfen haben werden.

Die Rechtslage ist eindeutig: Die Existenz der Siedlung ist illegal. Auch die simple Behauptung der Invasoren und ihrer "Freunde", der Lokalpolitiker, die Gebietsschenkung von 1923 schließe ihr Gebiet aus, ist gegenstandslos angesichts der Schaffung neuer Rechtslagen durch die nachfolgenden Demarkationen von 1936, 1953 und 1977.

Die Gründe für den Verbleib der Siedlung sind klar: die hohe Fruchtbarkeit der Böden und der in der Gegend ungewöhnlich leichte Zugang zu Wasser guter Qualität. In individuellen Aussagen der Bewohner wird deutlich, daß sie sich über ihr Vergehen gegenüber den Gesetzen im klaren sind. Doch leitet sich daraus noch kein Unrechtsbewußtsein ab, da es an grundsätzlichem Respekt und Verständnis den Indianern gegenüber mangelt. Menschen, die faul, stinkend und verlaust seien und irgendwie auf einer tieferen Stufe des Menschseins stünden, dürfte man nicht auch noch so viel Land "schenken", das sie ohnehin nicht produktiv zu nutzen wüßten. Diese Vorurteile teilen sie mit der Mehrheit der brasilianischen Landbevölkerung.

São Pedro ist sozial ausgesprochen heterogen: Wegen bereits geschaffener kleinstädtischer Infrastrukturen leben dort nicht nur Kleinbauern, sondern auch Händler, Laden- und Hotelbesitzer, Fazendeiros und Sägemühlenbesitzer. Es verdeutlicht das für brasilianische Verhältnisse äußerst ungewöhnliche Phänomen, daß alle wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze zurückgedrängt werden zugunsten eines gemeinsamen Auftretens gegen Indianer und FUNAI.

Eine schnelle Problemlösung wurde außerdem durch das Verhalten der folgenden Institutionen und Personengruppen erschwert:

FUNAI fehlt vor allem in den höheren Ebenen der politische Durchsetzungswille, da dort Eingriffe von außerhalb hineinwirken - ein altbekanntes Problem der Behörde. Hinzu kommen mangelnde Exekutivgewalt im Verhältnis zu anderen Instanzen und die Unfähigkeit, eigene Mitarbeiter vor Gewaltakten zu schützen.

woanders her Gelder umzuleiten weiß, ohne daß dies strafrechtliche Folgen nach sich zieht. Der Weltbank scheint wieder einmal der Wille zu fehlen, Projekte von effektivem Minderheitenschutz wirklich abhängig zu machen. Stattdessen begnügt sie sich mit leicht "umfrisierten" Programmen, die sich nach außen hin besser verkaufen.



Guajajara aus Lagoa Comprida

- Der staatliche Energiekonzern ELETRONORTE, der seit der Verlegung einer Hochspannungsleitung 1985 mitten durch das Reservat den Guajajara als Kompensation durch ein Sozial- und Wirtschaftsprogramm materielle Hilfe leistet (Brunnenbau, Schulgebäude, Fahrzeuge, Saatgut u.a.), beschränkt sich weitgehend auf diese Maßnahmen, statt mit wirtschaftlichen Argumenten politischen Druck auszuüben.

- Auch die Weltbank, die u.a. über das "Programa de Apoio ao Pequeno Produtor Rural" (PAPP) in der Region aktiv ist, schlägt diesen Weg nicht ein, obwohl sie in öffentlichen Erklärungen eine Lösung der Landkonflikte zugunsten der indianischen Gemeinschaften verlangt. Sie beschränkt sich lediglich auf eine Verweigerung von Programmgeldern für Sao Pedro dos Cacetes, doch dürfte nach bisherigen Erfahrungen mit der Regierung Maranhões klar sein, daß diese von

- In der Regierung und im Parlament Maranhãos ist nur eine Minderheit der Politiker zu pro-indianischen Entscheidungen bereit. Zu stark sind die Interessensverstrickungen mit den Lokalpolitikern in Barra do Corda und Grajaú und auch mit solchen in anderen Bezirken, die zum Erhalt von Wählerstimmen auf keinen Fall einen Präzedenzfall zugunsten der Indianer (ein sehr geringeres Wählerpotential) geschehen lassen wollen. Der Fall São Pedro dos Cacetes wird außerdem zur Entscheidungsfrage regionaler Eigenständigkeit Maranhões gegenüber Brasília hochstilisiert.

Um bestimmte Politiker für sich zu gewinnen oder undefinierte Rechte herzuweisen, arbeiten die Provinzpolitiker mit Falschinformationen oder Verwirrspielen, so - um ein Beispiel zu nennen - der damalige Präfekt von Grajaú, Mercial Lima de Arruda, in einem Brief vom 13.6.86 an den damaligen Innenminister

Costa Couto. In diesem Brief wird einfach behauptet, São Pedro dos Cacetes sei bereits 1851 gegründet worden, was vielleicht höchstens noch auf das Guajajara-Dorf São Pedro am Rio Mearim zutrifft.

Zwei Schwierigkeiten wurden bisher von den Guajajara selbst geliefert: die Uneinigkeit zwischen den kleinen Dorfgemeinschaften, die selten mehr als 350 Einwohner zählen, und die Ablehnung von Bündnissen mit anderen Indianervölkern, denen gegenüber starke - z.T. historisch bedingte - Vorurteile existieren. Bislang kam es zu keiner einheitlichen Front der Guajajara gegen die Invasoren, weder über die Reservatsgrenzen hinaus noch - was sehr nahe läge - in Cana Brava. Je weiter ein Dorf von São Pedro dos Cacetes weg liegt, desto weniger wird die Problematik wahrgenommen. Viele Indianer neigen hierbei eher zur Problemveränderung. Zwei Dörfer, Crioli und Coquinho II, unterhalten sogar halbwegs "normale" Beziehungen mit São Pedro, da sie wirtschaftlich und medizinisch von der FUNAI bisher fast vollkommen vernachlässigt wurden. Dieses Verhältnis wird von den Siedlern gegenüber Fremden natürlich als freundschaftliche Beziehung zu den Indianern dargestellt. Sie versuchen auch, einzelne Dörfer gegeneinander auszuspielen - nicht ohne Erfolg.

### Welche Bündnispartner haben die Guajajara?

Nur sehr wenige:

1. Den Indianermissionsrat CIMI, vor allem die zwei Hauptvertreter der Regionalabteilung von São Luís, die italienischen Padres Claudio Zannoni und Carlos Ubbiali, die schon seit vielen Jahren in enger Zusammenarbeit mit anderen Protestgruppen und sozialen Bewegungen für die Landrechte der Guajajara und den Erhalt ihrer Kultur eintreten.

2. In eingeschränktem Maße die ELETRONORTE, da der frühere FUNAI-Chef von Barra do Corda, Porfírio Carvalho, ab 1983 politischem Druck von oben weichen mußte und dann zum Energiekonzern überwechselte, wo er jetzt als Indigenist Unterstützungsprogramme für die Guajajara und andere Indianervölker koordiniert. Die ELETRONORTE fördert inzwischen materiell und im Bereich der

Organisationstechnik politische Organisationen der Indianer. Die Gründe hierfür mögen letztendlich in Steuervergünstigungen oder in der Imagepflege liegen. Tatsache ist, daß Carvalho und die ELETRONORTE viel effektiver, zuverlässiger und engagierter arbeiten als die FUNAI.

3. Die Comissão Pró-Índio Maranhão in São Luís, gelegentlich verstärkt durch die Arbeit des Ökumenischen Dokumentations- und Informationszentrum (CEDI) in São Paulo. Die Aktivitäten in bezug auf Cana Brava gehen jedoch kaum über Informationsarbeit hinaus.

Mit Ausnahme von Survival International (London), das im Zusammenhang mit dem Programm Grande Carajás auf das Schicksal verschiedener Guajajara-Gemeinschaften aufmerksam machte, fehlt bisher ein wahrnehmbares Engagement von ausländischer Seite.

Für die Solidaritätsarbeit existiert in der Tat ein nicht unwichtiges Problem: Die Kleinbauern, die in Indianergebiete eindringen, sind - wie die Indianer selbst - oft Opfer von "Entwicklung". Großprojekte zerstören ihnen die Lebensgrundlagen, oder eine rücksichtslose Besiedlungspolitik fördert vorrangig Großbesitz, so daß sie von ihrem bisherigen Land vertrieben werden. So auch in Maranhão seit den 60er Jahren. Und die eigentlichen Ursachen für den Siedlerstrom nach São Pedro dos Cacetes sind im brutalen Vorgehen der Fazendeiros gegen die Posseiros und in der Unfähigkeit der Besiedlungsbehörden und der Politiker zu sehen, die Besitzverhältnisse der Kleinbauern zu regeln und zu sichern.

Andererseits legen die Invasoren gegenüber den Guajajara so viel Verachtung, an Rassismus grenzende negative Vorurteile und teilweise auch Aggressionen an den Tag, daß bei jeder Person, die normalerweise für ein Zusammengehen unterdrückter Menschengruppen eintritt, das Solidaritätsgefühl für jene "Opfer" sehr schnell zusammenschrumpft. Angesichts der Tatsache, daß ihnen bereits großzügig Ersatzland mit Titeln, zusätzliche Entschädigungssummen und ein Ortswechsel in größeren Gruppen angeboten wurden, werden Argumente von einer schutzlosen Auslieferung an landhungrige Fazendeiros außerhalb des Reservates hinfällig. Die Behauptung, es gäbe im Zentrum Maranhãos außerhalb der Indianergebiete keine freien Flächen mehr, ist falsch, denn große Teile des

Großgrundbesitzes - auch das der katholischen Kirche - liegen nachweislich noch brach. Von Enteignungen zu sozialen Zwecken will kein Regierungspolitiker in Maranhao Gebrauch machen.

## Was tun die Guajajara?

Seit Anfang der 80er Jahre haben die Guajajara traditionelle bewaffnete Widerstandsformen weitgehend in den Hintergrund treten lassen zugunsten von Protestaktionen (z.B. Besetzung von FUNAI-Büros), kleinen Demonstrationen, Lobbying und Einreichen von Beschwerdeschreiben, wobei sie niemals Kontakt zu den Medien scheuten. Einer der Höhepunkte ihrer politischen Mobilisation war im Mai 1984 die Erzwingung der Besetzung des FUNAI-Chefpostens in São Luís mit Pedro Marizê Filho, einem Halb-Guajajara, doch stellte sich bald heraus, daß auch er innerhalb des Gesamtgefüges der FUNAI kaum etwas zum Besseren ändern konnte. Enttäuschungen dieser Art führten dazu, daß sich die Guajajara inzwischen immer weniger auf die FUNAI verlassen, ihren Vertretern teilweise sogar offen feindlich begegnen und lieber auf eigene Kräfte vertrauen.

Im Januar 1990 wurde in Barra do Corda die "Associação Guajajara" als Zusammen-

schluß aller Guajajara-Gemeinschaften unter der FUNAI-Regionalabteilung Barra do Corda gegründet. Eines der Hauptziele ist die Lösung der Landkonflikte. Die "Associação", die sehr basisdemokratisch organisiert ist und nach festen Statuten arbeitet, trifft sich regelmäßig einmal pro Monat jeweils in einem anderen Dorf. Leider ist noch viel Bewusstseinsbildungsarbeit nötig, um bei allen Indianern, insbesondere den Dorfchefs, ein tieferes Verständnis der "Associação" selbst und ihrer Notwendigkeit zu erzeugen. Hierbei werden ihre Vertreter von engagierten FUNAI-Mitarbeitern, einschließlich des Chefs der Regionalabteilung, beraten und unterstützt. Doch wehren sie sich entschieden gegen Einmischungen bei Abstimmungen. Materiell und organisationstechnisch wird die "Associação" vor allem von der ELETRONORTE unterstützt, in geringerem Maße auch von der Weltbank, was sicherlich zu Recht erhebliche Skepsis aufkommen läßt.

## Was wird gegenwärtig von Deutschland aus getan?

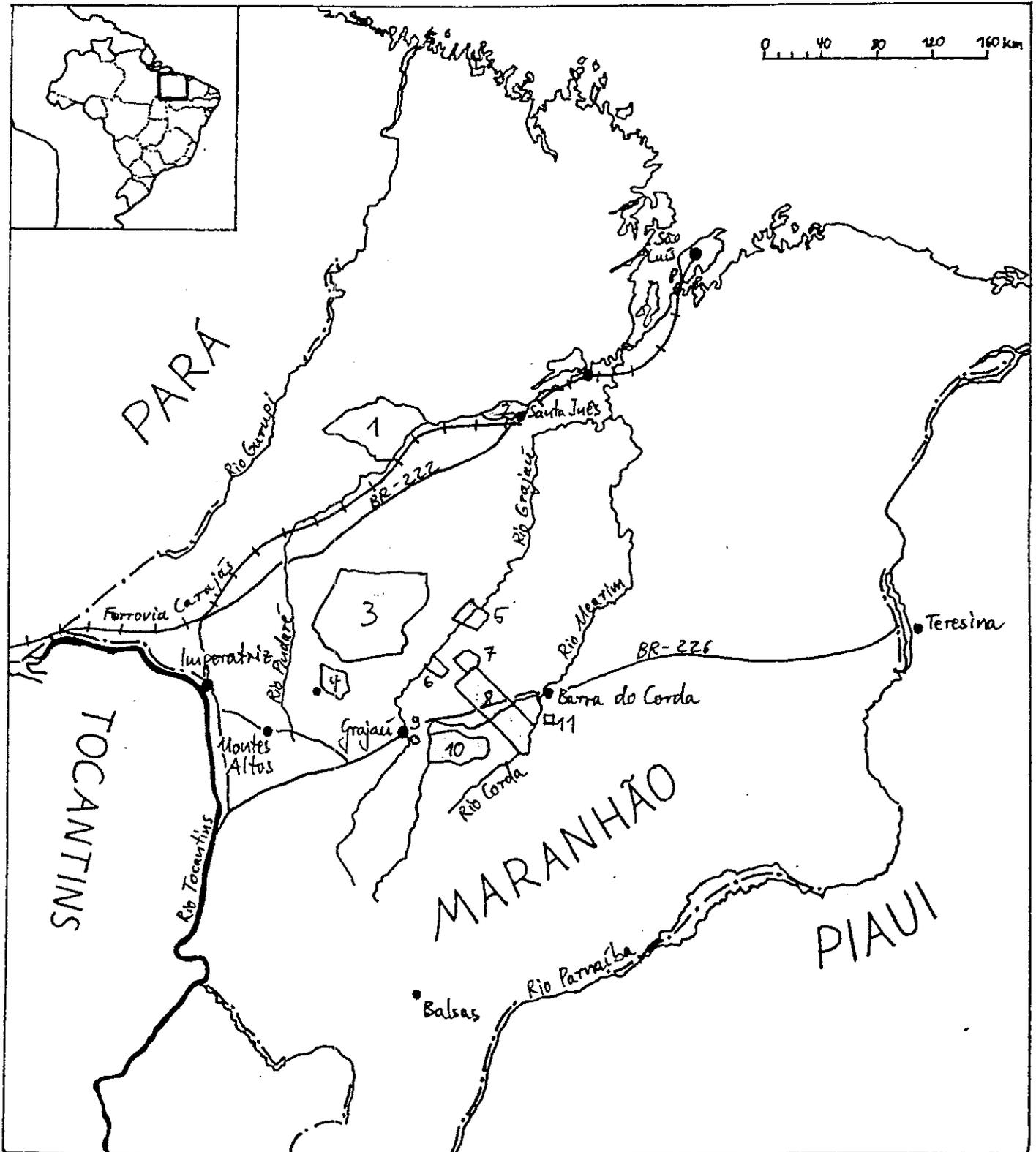
Aufgrund der Tatsache, daß sich die Regierung Collor gegenüber ausländischer Kritik an der brasilianischen Indianerpolitik empfänglicher zeigt als die Regierung Sarney und sich dadurch - wenn



Geschenkaustausch mit Gästen (Parakanã) während einer Versammlung der „Associação“ im Dorf São Pedro, Dezember 1990

RESERVATE DER GUAJAJARA IN MARANHÃO

- |               |                         |                |
|---------------|-------------------------|----------------|
| 1 Caru        | 5 Geralda/ Toco Preto   | 9 Morro Branco |
| 2 Rio Pindaré | 6 Urucu/ Juruã          | 10 Bacurizinho |
| 3 Araribóia   | 7 Lagoa Comprida        | 11 Rodeador    |
| 4 Governador  | 8 Cana Brava/ Guajajara |                |



auch unter spektakulärer Selbstdarstellung in den Medien - gelegentlich zu pro-indianischen Einzelaktionen bewegen läßt, wurde seitens der Kampagne Mandacaru als erste Aktion ein Protestbrief mit Unterschriftenliste entworfen und direkt an Collor geschickt. Hierfür werden in allen Regionalgruppen der Kampagne noch Unterschriften gesammelt. Bis jetzt erhielten wir allerdings noch keine Antwort. Da hier nicht noch Platz für den Abdruck des Musterbriefes beansprucht werden soll, können Gruppen sich Kopien bei meiner Adresse (Vogelsanger Str. 37, 5.000 Köln 30) unter Einsendung eines frankierten Rücksendeumschlages bestellen.

Es dürfte für die Brasilien Nachrichten zwar ungewöhnlich erscheinen, einen einzelnen Landkonflikt so ausführlich zu behandeln, doch ging es mir darum, am Fall Cana Bravas beispielhaft zu zeigen, wie komplex solche Konflikte sein können und wieviele Hindernisse sich einer im

Prinzip einfachen Lösung in der Realität entgegenstellen. Dabei habe ich bereits sehr viele Details und Zwischenfälle ausgelassen, so die brutale Vorgehensweise der Bundes- und der Militärpolizei gegen die Guajajara bei den Aktionen gegen Drogenhandel (die Guajajara bauen traditionell Marihuana für den Eigenbedarf an, unterhalten aber z. T. auch Beziehungen zu Drogenhändlern). Auch auf eine Beschreibung der katastrophalen medizinischen Versorgung und der wirtschaftlichen Probleme mußte aus Platzgründen verzichtet werden. Da die Guajajara nicht, wie anfangs befürchtet wurde, im Rahmen von Grande Carajás binnen kurzem all ihr Land verloren, bleibt eine kleine Hoffnung bestehen, daß es diesem Volk mit seiner extrem langen Widerstandserfahrung gegenüber den Nicht-indianern (inzwischen mehr als 380 Jahre!) auch in Zukunft gelingen wird, seine spezifische Kultur und Identität zu bewahren - allerdings nicht ohne tatkräftige Unterstützung von außen.

Peter Schröder

## Chronik eines angekündigten Mordes

Indianer in Brasilien - allzu oft assoziieren wir Europäer damit nur die Indianer des Amazonasregenwaldes. Doch auch in den übrigen Gebieten Brasiliens - so z.B. im Nordosten - leben indianische Völker. Die folgende Karte gibt einen Überblick über die Völker des Nordostens. Sie, die als erste von den portugiesischen Eroberern unterworfen wurden, haben viel von ihrer ursprünglichen Lebensweise und Kultur verloren bzw. aufgeben müssen. Nur noch ein Volk, die Fulni-ô, spricht die eigene Sprache. Trotzdem haben viele dieser Völker ihre Identität als Indianer bewahrt und werden sich dieser in zunehmendem Maße bewußt. Zunehmend beginnen sie auch, sich zu organisieren. Verglichen mit dem Organisationsgrad der Amazonasindianer gibt es im Nordosten zwar erst bescheidene Ansätze, doch die ersten Schritte aus der Sprach- und Wehrlosigkeit heraus sind getan.

Vom 10. bis 17. Januar 1991 versammelten sich die Vertreter der Tupinikins, der Maxakali, der Pataxo-ha-ha-hae, der Xokó, der Xukuru und Xukuru-Kariri, der Karapotó, der Fulni-ô, der Tapeba und der Tingui-Botó im Gebiet der Xokó auf der Insel Sao Pedro im Bundesstaat Sergipe. Hauptthema war die zunehmende Gewalt in den Indianergebieten des Nordostens, der vor allem die Führer zum Opfer fallen. Nur wenige Tage zuvor, am 28.12.1990, waren der Häuptling (Cacique) der Atikum, Abdon Leonardo da Silva (29) und sein Bruder Abdias Leonardo da Silva (25) bei einem Attentat ums Leben gekommen. Am 28.11.1990 war Antônio Gilbvan da Cruz, Truká-Indianer, entführt und später tot aufgefunden worden.

Die Morde müssen auf dem Hintergrund der fehlenden Damarkierung des indianischen Landes und dem Rauschgiftanbau

# Die Guajajara kämpfen um ihr Land



Schon vor Niederschrift des Artikels zum Landkonflikt von Cana Brava (Maranhão), der in der vorigen Ausgabe (S.30-43) erschien, waren die Auseinandersetzungen zwischen illegalen Siedlern und Guajajara von neuem eskaliert. Unsicherheit wegen einer möglichen neuen Indianerpolitik der Regierung Collor und das noch anstehende Gerichtsurteil über die Schaffung eines eigenen Bezirks São Pedro dos Cacetes veranlaßten die Siedler zu einem relativ friedfertigen Umgang mit den Indianern fast das ganze Jahr 1990 über. Doch bereits zum Jahreswechsel kam es zu drei Zwischenfällen in und bei São Pedro: Der Dorfchef von Coquinho II wurde verprügelt; eine Indianerin erlitt Verbrennungen im Gesicht, nachdem man sie mit Alkohol übergossen und diesen angezündet hatte; und am Wegesrand fand sich die Leiche eines weiteren Indianers, der offenbar ermordet worden war. Im Februar 1991 wurde Diolino Guajajara unterwegs zwischen seinem Dorf und São Pedro zusammengeschlagen, gefoltert und all seiner Habseligkeiten beraubt.

Doch erst nach der Entscheidung des Obersten Bundesgerichtes im März 1991, daß die Schaffung eines Bezirks São Pedro dos Cacetes auf Indianerland dem Artikel 231 der Bundesverfassung widerspreche und der entsprechende Art. 48 der neuen Verfassung Maranhãos von 1989 gestrichen werden müsse, scheinen die Siedler alle Hemmungen verloren zu haben: In der Nähe des Dorfes Crioli

wurden neue Pflanzungen abgesteckt und mit Stacheldraht eingezäunt, wodurch das Indianerland noch weiter reduziert wird. Am 2.5.1991 schließlich wurden drei Indianer auf dem Weg von Coquinho II nach Crioli in São Pedro überfallen, wobei der eine, Antonio Felipe Guajajara, zusammengeschlagen und danach mit Stacheldraht mißhandelt wurde. Den anderen gelang zwar noch gerade die Flucht, doch wurden beide später als vermißt gemeldet, ohne daß sich bisher eine Aufklärung ihres Verschwindens ergeben hätte.

## • Bewaffnete Reaktion

Dieser letzte Zwischenfall brachte bei den Indianern das Faß zum Überlaufen: Bereits am nächsten Tag ließen sie über die vollkommen konzeptionslos reagierende FUNAI in Barra do Corda bewaffnete Racheaktionen gegen kleinere Siedlungen am Reservatsrand ankündigen, und kurze Zeit später gaben sie durch ihre eigene Organisation, die "Associação Comunitária Guajajara", der Regierung Maranhãos eine 48-Stunden-Frist zur Aufnahme von Direktverhandlungen in Cana Brava. Bei Nichteinhaltung der Frist drohten sie mit der Sperrung der BR-226 und kleinerer Nebenstraßen. Aus der historischen Erfahrung heraus, daß geschickte Verzögerungstaktiken vor unliebsamen Entscheidungen bewahren können, beschlossen Vertreter von Behörden und Politiker am 10.5.1991 auf einer Sondersitzung im Palácio dos Leões, dem Gouver-

neurssitz in São Luís, eine Abordnung nach Cana Brava zu schicken, um eine Delegation der Indianer für den 20. Mai zu einem Treffen in die Hauptstadt einzuladen. Die Geringschätzung der indianischen Forderungen zeigte sich bereits darin, daß für diesen Auftrag keine Vertreter höherer Regierungsstellen bestimmt wurden. Das Hauptziel schien gewesen zu sein, die geplanten Verhandlungen bloß nicht an einem Ort stattfinden zu lassen, an dem die Guajajara die Politiker sehr direkt unter Druck hätten setzen können. Das wäre vor allem in ihren eigenen Dörfern möglich gewesen. Die Strategie der Regierung zeigte bald Erfolge: Die Guajajara ließen sich weich kochen und stimmten dem Angebot schließlich zu, als ihnen die Anwesenheit von Gouverneur Edson Lobão und FUNAI-Präsident Guimarães versprochen wurde.

Als am 20. Mai im Gouverneurspalast tatsächlich die Verhandlungen zwischen allen Parteien beginnen sollten, waren die Versprechungen bereits gebrochen: Sowohl Lobão als auch Guimarães hatten sich rechtzeitig Termine in Brasília verschafft. Das Treffen endete somit ergebnislos, doch blieb die Abordnung von 22 Indianern in São Luís und erklärte, sie würde ohne Gespräche mit Lobão und Guimarães nicht in ihre Dörfer zurückkehren. Als ihnen am 24. Mai dann scheinbar doch nachgegeben wurde und das Treffen schließlich stattfand, wurde eine neue, gleichwohl altbekannte Verschleppungstak-

tik eingeschlagen: Eine Kommission aus Vertretern verschiedener Behörden und Regierungsstellen sollte nach Ablauf von 30 Tagen einen Plan zur effizienten Umsiedlung von São Pedro erarbeitet haben (was vorher schon oft genug geschehen war).

### • Kommission gegründet

Diese Kommission trat tatsächlich zusammen und arbeitete auch irgendwie, jedoch ignorierte sie die Vorschläge der Guajajara, z.B. wöchentliche Treffen mit Rechenschaftsberichten in Coquinho II, dem vom Konflikt am direktesten betroffenen Dorf, abzuhalten. Die Abordnung aus Cana Brava kehrte in den letzten Maitagen sogar ohne gesicherte Versprechungen ins Reservat zurück, schwer enttäuscht von der Untätigkeit Lobão, der doch im Wahlkampf großkotzig versprochen hatte, alles besser zu machen als sein korrupter Vorgänger und Gegner Castelo.

Es verwundert nicht, daß die Kommission bis Anfang Juli (als mir die letzten Nachrichten aus São Luís geschickt wurden) keine konkreten Ergebnisse vorlegen konnte. Aufgrund ähnlicher Erfahrungen in der Vergangenheit lehnen engagierte Bündnispartner der Indianer solche Arbeitsgruppen und Untersuchungskommissionen der FUNAI oder anderer Behörden inzwischen grundsätzlich ab, da sie zeitvergeudend, uneffektiv und häufig sogar teurer sind als die eigentliche Behebung des zu behandelnden Problems.

Der Konflikt um Cana Brava scheint also weiterhin ungelöst zu bleiben. Die Bedrohung des kulturellen und physischen Überlebens der 3.950 Guajajara der Region besteht weiterhin. Der CIMI-Maranhão bittet nun, gut formulierte Protestbriefe vor allem an die folgenden Adressen zu verschicken, und zwar so schnell es geht, da neue Gewalttätigkeiten jederzeit ausbrechen können:

Presidente da República  
Fernando Collor de Mello  
Palácio do Planalto  
70.015 Brasília - DF

Presidente da FUNAI  
SEUP - Sul Q. 702 - Bloco A  
Edifício Lex 3  
70.330 Brasília - DF

Ministro da Justiça  
Jarbas Passarinho  
Esplanada dos Ministérios  
70.064 Brasília - DF

Governador do Estado  
Edson Lobão  
Palácio dos Leões  
65.015 São Luís - MA

### • Forderungen der Guajajara

Ich empfehle, sich dafür auf die schriftlich formulierten Forderungen der "Associação Comunitária Guajajara" aus einem Dokument vom 21.5.1991 zu berufen:

1. Umsiedlung von São Pedro dos Cacetes

2. Angebot eines gleichwertigen Ersatzgebietes für dessen Wiederansiedlung (nur an Lobão: Kauf des Landes durch die Regierung Maranhão)

3. Abschluß eines angekündigten Abkommens mit der Weltbank, die für die Umsiedlungsaktion finanzielle Hilfe in Aussicht gestellt hatte (wenn auch bisher nur unverbindlich auf mündlichem Wege)

4. Lösung des Konfliktes durch politische Vereinbarungen unter Beteiligung der Guajajara-Gemeinschaften von Cana Brava (statt, wie die FUNAI es möchte, juristische Wege einzuschlagen, die extrem zeitraubend sind und wahrscheinlich nur sehr wenig bewirken können).

Durch die Kampagne MANDACURU sind bereits entsprechende Musterbriefe abgeschickt worden. Musterbriefe können gegen Rückporto unter meiner Adresse (Vogelsanger Str. 37, 5.000 Köln 30) bestellt werden.

### Quellen:

Claudio Zannoni (CIMI-MA): "Guajajara Urgente", São Luís, 13.5.91 (MS); Dokument der "Associação Comunitária Guajajara", São Luís, 21.5.91; Artikel vom Mai-Juli 1991 aus "O Estado do Maranhão", "O Imparcial" und "Jornal de Hoje" (alle drei Tageszeitungen aus São Luís).

Peter Schröder

### • Nachtrag:

Wie einem Artikel der "Frankfurter Rundschau" vom 10. Juli zu entnehmen ist, bleibt die Lage in Maranhão weiterhin gespannt. So seien im Reservat der Guajajara in der Woche zuvor sieben Indianer von Kolonisten als Geiseln genommen und nur unter der Bedingung einige Tage später wieder freigelassen worden, daß die Siedler Schadenersatz erhalten, sollten sie zum Verlassen ihrer Dörfer gezwungen werden. Diesem Bericht zufolge halten sich noch immer 3 000 Siedler im Gebiet der Guajajara auf. Die Indianer würden zudem verstärkt unter Druck gesetzt, ihre angestammte Region zu verlassen und in ein als Ersatz zur Verfügung gestelltes Gebiet zu ziehen. Der FR-Artikel schließt mit den Worten: "Selbst wenn die Indianer diesem Handel zustimmen sollten, sei damit noch kein Ende der Konflikte abzusehen, glaubt der CIMI. Gemäß der brasilianischen Verfassung stehe ihnen jederzeit das nicht abtretbare Recht zu, ihr Gebiet zurückzufordern."

